

Haldensleben, den 14.09.2022

**Niederschrift**

über die 28. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 13.09.2022,  
von 18:00 bis 19.42 Uhr

**Ort:** im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

---

**Anwesend:**

**Stellv. Vorsitzender**

Herr Burkhard Braune

**Mitglieder**

Frau Anja Reinke  
Frau Roswitha Schulz  
Frau Doris Trautvetter  
Herr Rüdiger Ostheer

**sachkundige Einwohner**

Herr Martin Feuckert  
Herr Jürgen Jacob  
Frau Nicole Job

**von der Verwaltung**

Herr Bernhard Hieber  
Herr Oliver Karte  
Herr Michael Schneidewind  
Frau Elke Engel  
Frau Ruth Felske

**Abwesend:**

Vorsitzender Herr Mario Schumacher – entschuldigt  
Herr Thomas Feustel - entschuldigt  
Frau Sabrina Püschel – entschuldigt

**Tagesordnung:**

**I. Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 14.06.2022
4. Einwohnerfragestunde
5. Antrag der Bürgerfraktion - Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Haldensleben  
Vorlage: A-069(VII.)/2022
6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN - Erstellung einer Machbarkeitsstudie  
Vorlage: A-071(VII.)/2022
7. Beschluss zur Mitgliedschaft der Stadt Haldensleben in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt e.V. (AGFK LSA e.V.) - Vorlage: 306-(VII.)/2022
8. Beschluss der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes „Althaldensleben“ im Rahmen des Förderprogrammes „Lebendige Zentren“ - Vorlage: 313-(VII.)/2022
9. Beschluss der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes "Altstadt" im Rahmen des Förderprogrammes „Lebendige Zentren“ - Vorlage: 314-(VII.)/2022
10. Beschluss der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes "Süplinger Berg" im Rahmen des Förderprogrammes „Sozialer Zusammenhalt“ - Vorlage: 315-(VII.)/2022
11. Beschluss der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes „Rolandgebiet“ im Rahmen des Förderprogrammes „Sozialer Zusammenhalt“ - Vorlage: 316-(VII.)/2022
12. Jahresabschluss 2018 der Stadt Haldensleben - Vorlage: 317-(VII.)/2022
13. Mitteilungen
14. Anfragen und Anregungen

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

15. Abstimmung über den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 14.06.2022
16. Grundstücksverkauf  
Vorlage: 136-H(VII.)/2022
17. Grundstücksverkauf  
Vorlage: 137-H(VII.)/2022
18. Grundstücksverkauf  
Vorlage: 140-H(VII.)/2022
19. Verkauf von Gewerbeflächen im Gewerbe-/Industriegebiet Wedringen-Süd - Vorlage: 310-(VII.)/2022
20. Mitteilungen
21. Anfragen und Anregungen

## **I. Öffentlicher Teil:**

### **zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Stellv. Ausschussvorsitzender Burkhard Braune begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die heutige Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt; es sind 5 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Die sachkundige Einwohnerin Frau Nicole Job und die sachkundigen Einwohner Herr Jürgen Jacob und Herr Martin Feuckert nehmen ebenfalls an der Sitzung teil. Es liegen von Frau Sabrina Püschel und Herrn Thomas Feustel Entschuldigungen vor.

### **zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form angenommen und gilt damit als festgestellt.

### **zu TOP 3 Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 14.06.2022**

Schriftlich liegen dem stellv. Ausschussvorsitzenden keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 14.06.2022 vor. Der öffentliche Teil der o.g. Niederschrift wird von den Ausschussmitgliedern einstimmig bestätigt.

### **zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

#### Einwohner I/13.09.2022:

Er möchte vom Bürgermeister als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Wohnungsbaugesellschaft und des Verwaltungsrates der Stadtwerke wissen, wie er in der Haushaltsdiskussion die Veränderung des Strommixes bei den Stadtwerken vorantreiben wolle in Anbetracht, der Situation, die wir aktuell haben, mit einem relativ hohen Anteil von Atomstrom bei den Stadtwerken und vor allen Dingen bei der Erzeugung des Stroms durch Gas. Wie will der Bürgermeister das verändern.

Bürgermeister Bernhard Hieber gibt zur Antwort, dass die Lage ist, wie sie ist und damit muss man umgehen.

Einwohner: Zumindest wenn die Stadt Geld aus den Stadtwerken entnehme, werden diese Gelder in die Investitionstätigkeit für die erneuerbaren Energien eingesetzt, um aus der prekären Situation herauszukommen, die ihre Vorgängerin ihnen hinterlassen hat.

Bürgermeister Bernhard Hieber merkt an, dass die Stadt Gesellschafter der Stadtwerke ist, sodass man Gewinne in den städtischen Haushalt einfließen lassen kann. Darüber wird noch gesprochen. Derzeit finden gerade die internen Haushaltsberatungen statt und man muss überlegen, wie geht man mit den Einnahmen um. Die Verwaltung muss sich auf einen Sparkurs einstellen, um am Ende einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, um neben den Pflichtaufgaben noch im Rahmen der dann begrenzten Möglichkeiten, freiwillige Aufgaben durchführen zu können. Zu der Frage, wie veranschlagt man z. B. die Energiekosten im Haushalt selbst. Das ist ein Blick in die Glaskugel; man wisse nicht, wie sich alles entwickelt, das muss man so offen sagen. Die Verwaltung werde einen prozentualen Aufschlag vornehmen und dann bleibt abzuwarten, wie es funktioniert. Auch das ist eine rein fiktive Zahl, keiner wisse, wie es letztendlich am Ende des Jahres 2023 aussieht.

**zu TOP 5 Antrag der Bürgerfraktion - Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Haldensleben - Vorlage: A-069(VII.)/2022**

Beschlussvorschlag:

Im Namen der Bürgerfraktion beantragt Stadtrat Dirk Hebecker die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Haldensleben dahingehend zu ändern, die Gebühr für die Verlängerung des Nutzungsrechts der Wahlgrabstelle zu vermindern.

Die Fraktion Die LINKE folgt der Stellungnahme der Verwaltung und spricht sich dafür aus, die Friedhofsgebührensatzung in der bestehenden Form zu belassen, macht Stadträtin Roswitha Schulz deutlich.

Im Namen der CDU/FDP erklärt der stellv. Ausschussvorsitzende, dass seine Fraktion einer Änderung der Friedhofsgebührensatzung nicht zustimmen werde.

Stadträtin Doris Trautvetter teilt mit, dass sich die Fraktion Bürgerbewegung HDL ebenfalls der Stellungnahme der Verwaltung anschließt. Die Senkung der Gebühr für die Verlängerung des Nutzungsrechtes trage insgesamt nicht dazu bei, dass sich an der Gestaltung des Friedhofes etwas ändert; hierauf sollte die Verwaltung künftig ein Augenmerk haben.

Die Kultur des Friedhofs hat sich im Laufe der Zeit geändert, das sehe Stadträtin Anja Reinke ebenfalls so, aber deshalb kann man nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen und die Verlängerung des Nutzungsrechtes so preiswert anbieten. Ihres Erachtens sollte grundsätzlich überlegt werden, wie man künftig mit den Friedhöfen, mit der Bestattungskultur umgehen wolle. Sie stimmt dem Antrag nicht zu, weil es rechtlich nicht möglich ist.

Die Anregung von Stadträtin Anja Reinke, über die Kultur auf den Friedhöfen insgesamt nachzudenken, greift der stellv. Ausschussvorsitzende auf, aber das ist nicht Gegenstand des Antrages.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen dem Stadtrat, die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Haldensleben dahingehend zu ändern, die Gebühr für die Verlängerung des Nutzungsrechts der Wahlgrabstelle zu vermindern.

**Abstimmungsergebnis:** 0 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen  
Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

**zu TOP 6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN - Erstellung einer Machbarkeitsstudie Vorlage: A-071(VII.)/2022**

Beschlussantrag

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zum Thema Sportstätten in Haldensleben in Auftrag zu geben.

Stadträtin Anja Reinke bringt den Antrag ein. Seit fast einem Jahr ist keine sportliche Betätigung in der Sporthalle Zollstraße möglich. Der Sportplatz Lindenallee ist seit Jahren ungenutzt und verwahrlost. Es ist bekannt, dass die Kosten für die Sportstätten aufgrund der Energie explizit steigen werden. Für sie stellt sich die Frage, wie will die Stadt in Zukunft mit den städtischen Sportstätten umgehen, sind ausreichend Sporthallen vorhanden. Herr Zeymer sehe das problematisch. Der Landkreis hatte zugesichert, aus dem ERA-Morsleben Fonds die Machbar-

keitsstudie zu bezuschussen. Die Stadt könnte von einem neutralen Büro den Bedarf analysieren lassen, um beurteilen zu können, ist der Bestand ausreichend oder will die Stadt offen sein für Veränderungen? Sie wäre für Veränderungen und aus diesem Grund bittet sie die Stadträte, dem Antrag zuzustimmen.

Die CDU/FDP-Fraktion vertritt die Meinung, eine Studie zu beauftragen, nur um eine Studie zu haben, macht keinen Sinn. Die Frage ist doch, kann sich die Stadt Haldensleben eine Sport-/Mehrzweckhalle in dieser Größenordnung leisten, denn im Herbst müssen die haushaltspolitischen Entscheidungen getroffen werden. Selbst die Studie, für die Gelder aus dem städtischen Haushalt aufgebracht werden müssten, werde für unsinnig angesehen und von daher lehnt die Fraktion CDU/FDP den Antrag ab, äußert Stadtrat Rüdiger Ostheer.

Stadträtin Doris Trautvetter schließt sich im wesentlichen ihrem Vorredner an. Aus den Gesprächen die geführt wurden, ist nicht zwingend der Bedarf gegeben. Bisher konnten den Vereinen immer Trainingszeiten in den Sporthallen angeboten werden.

In der Fraktion DIE LINKE ist die Diskussion ähnlich verlaufen, bringt Stadträtin Roswitha Schulz zum Ausdruck. Offen für Veränderungen sind wir alle und wir müssen auch offen sein, weil wir dazu gezwungen werden. Durch die erhöhten Energiepreise gebe es ganz andere Sorgen. Ihre Fraktion ist der Auffassung, dass es gilt, den Ist-Zustand abzusichern und selbst der erfordert einen beachtlichen Aufwand. Es sind Sportstätten vorhanden; vielleicht nicht immer für alle Sportarten optimal.

Der Sportplatz Lindenallee wurde damals nicht ohne Grund aufgegeben, sondern weil mit Fertigstellung des Waldstadions die Gelder nicht zur Verfügung standen, um 3 Sportplätze unterhalten zu können. Sie gibt auch zu bedenken, dass mit einer neuen Sporthalle weiterhin Kosten auf den städtischen Haushalt zukommen würden, denn so eine große Halle muss erhalten und unterhalten werden. Diese Kosten kann heute noch keiner beziffern. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen, denn selbst die Machbarkeitsstudie kostet Geld.

Zukunft heißt für Stadträtin Anja Reinke, dass die Sportstätte so viel Energie selbst erzeugt, die verbraucht wird. Es könnten in der Halle Veranstaltungen stattfinden, die sich finanziell tragen. Im Endeffekt ist eine Verbesserung da. Den Status quo beizubehalten, ist nicht die Politik für die sie stehe; sie stehe für die Zukunft. Der Landkreis hat angeboten, aus dem Morsleben-Fonds diese Machbarkeitsstudie zu finanzieren, so dass für die Stadtkasse keine Kosten entstanden wären. Sie bittet nochmals darum, dem Antrag zuzustimmen.

Stellv. Vorsitzender Burkhard Braune kommt auf das Waldstadion zu sprechen. Wenn weiterer Bedarf bestehen sollte, sollte dieses Areal in Betracht gezogen werden und nicht der Sportplatz Lindenallee. Sobald die Sanierungsarbeiten in der Sporthalle Zollstraße abgeschlossen sind, steht diese Halle wieder zur Verfügung. Eine Machbarkeitsstudie für die Jahre 2022, 2023, 2024 halte seine Fraktion nicht für erforderlich.

Herr Jürgen Jacob, sachkundiger Einwohner, vertritt den Standpunkt, dass sich zunächst darauf orientiert werden sollte, wie geht es mit der Halle in der Zollstraße weiter, wann ist diese für den Sportbetrieb wieder nutzbar. Sollte sich widererwarten herausstellen, dass die Halle nicht mehr nutzbar ist, dann ist der Zeitpunkt gegeben, über eine Machbarkeitsstudie nachzudenken. Bis dahin sollten alle finanziellen Mittel, auch wenn sie von anderen Institutionen kommen, für die vor der Stadt stehenden gewaltigen Aufgaben genutzt werden und nicht in eine Machbarkeitsstudie einfließen.

Stadträtin Roswitha Schulz interessiert, wie der Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss abgestimmt hat.

Der Antrag eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, wurde abgelehnt.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen dem Stadtrat, eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:** 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

#### zu TOP 7

**Beschluss zur Mitgliedschaft der Stadt Haldensleben in der Arbeitsgemeinschaft  
Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt e.V. (AGFK LSA e.V.)  
Vorlage: 306-(VII.)/2022**

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen  einstimmig (5 Ja-Stimmen) dem Stadtrat, dem

Beschluss zur Mitgliedschaft der Stadt Haldensleben in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt e.V. zuzustimmen.

Dezernent Oliver Karte macht auf einen redaktionellen Fehler in der Anlage bei den TOP 10 und 11 aufmerksam. Es muss „Soziale Zentren“, heißen und nicht „Lebendige Zentren“. Er bittet dies zu entschuldigen. Hinsichtlich des TOP 10 – Fördergebiet „Süplinger Berg“ möchte er den Hinweis geben, dass sich die Verwaltung noch einmal mit der energischen Sanierung der Kita „Max und Moritz“ befasst und nach Alternativen wie z.B. einem Ersatzneubau gesucht hat. Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung war im Ergebnis festzustellen, dass ein Ersatzneubau wirtschaftlicher wäre. Auch das Fachamt hat diese Variante favorisiert. Der Schulausschuss wurde in seiner Sitzung bereits informiert; wird jedoch in einer der nächsten Sitzungen detailliert in Kenntnis gesetzt.

**zu TOP 8      **Beschluss der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes „Althaldensleben“ im Rahmen des Förderprogrammes „Lebendige Zentren“  
Vorlage: 313-(VII.)2022****

Inwieweit sind die Zahlen der Einzelmaßnahmen verbindlich hinterfragt, Stadtrat Rüdiger Ostheer.

Es handelt sich um eine Finanzierungsübersicht, die die jetzige Situation betrachtet. Die Zahlen sind nicht festgeschrieben, es wird kontinuierlich eine Fortschreibung geben. Entsprechend wird der Ausschuss davon in Kenntnis gesetzt, antwortet Dezernent Oliver Karte.

Für Stadträtin Doris Trautvetter wäre interessant, ob weitere Maßnahmen aufgenommen werden können.

Wie bereits ausgeführt, ist es ein dynamischer Prozess und wenn sich Veränderungen ergeben, müssen diese eingepflegt werden. Der Haushalt bildet die Grundlage. Die aufgeführten Maßnahmen könnte sich die Verwaltung vorstellen, meint Dezernent Oliver Karte.

Kann sich die Stadt die Maßnahmen finanziell leisten, die in den 4 Fördergebieten aufgeführt sind, ohne den Haushalt zu kennen, fragt sich Stadträtin Anja Reinke. Andererseits ist der Beschluss des Stadtrates erforderlich, um Fördermittel beantragen zu können. In der Vergangenheit wurde die Liste der Maßnahmen mindestens einmal jährlich verändert, so dass sie grundsätzlich mitgehen könnte. Was sie allerdings für Althaldensleben vermisst ist, dass z. B. für den Adlerplatz keinerlei Grünmaßnahmen vorgesehen sind. Die Förderprogramme sehen heute explizit vor, dass mehr in Stadtgrün, sprich in Baum- und Strauchpflanzungen investiert werden kann. Wenn man den Innenstadtkern betrachtet, werden die Eigenmittel mit 3,5 Mio. € ausgewiesen und davon sind nur 15.000 € für Grünanlagen vorgesehen. 0,5 % der Gesamtsumme für die Begrünung der Innenstadt, das findet sie absolut unzureichend. Anstatt dessen werden Gelder für Parkplätze und für private Investoren ausgegeben. Beim Fördergebiet „Süplinger Berg“ habe sie kein Verständnis dafür, dass der Ersatzbau für die Kita „Max und Moritz“ zeitlich verschoben wurde. Es gab die Festlegung, dass die Kita in der Priorität ganz weit oben steht.

Der stellv. Ausschussvorsitzende Burkhard Braune bittet, die Diskussion zu jedem Tagesordnungspunkt separat zu führen. Jetzt geht es um das Fördergebiet „Althaldensleben“. Ihn interessiert die Maßnahme Nutzungskonzept ehemaliger Sportplatz (150.000 €). Im Programm ist die Maßnahme Altbaumobilisierung Strategiebaustein 2 enthalten, von daher werde auch etwas für Althaldensleben geplant. Er vertrete den Standpunkt, dass Haldensleben schon eine relativ grüne Stadt ist. Sicherlich könnte hier und da etwas Grün dazu kommen, aber zu sagen, es werde die Begrünung vernachlässigt – das sehe er anders.

Die aufgeführten Maßnahmen in den Fördergebieten speisen sich aus dem INSEK, das für das gesamte Stadtgebiet bereits im Stadtrat beschlossen wurde, macht Amtsleiter Michael Schneidewind deutlich. Ihm als Kämmerer wäre auch wohler, wenn über die Maßnahmen beraten werden könnte, wenn es Gewissheit über den Haushalt gibt. Da die Antragsfrist zur Einreichung der Fördermaßnahmen jedoch der 30.11.2022 ist, muss die Sitzung des Stadtrates am 22.09.2022 zur Beschlussfassung genutzt werden.

Eine Anregung von Stadträtin Doris Trautvetter wäre, bei den aufgeführten Straßenbaumaßnahmen auch einen gewissen Prozentsatz für Begrünung vorzusehen.

Bürgermeister Bernhard Hieber merkt an, dass durchaus in den Fördergebieten Maßnahmen zur Begrünung und zur Verbesserung des Klimas enthalten sind und bei den Straßenbaumaßnahmen kann man im Nachgang über

die Begrünung diskutieren. Wie bereits erwähnt, es ist ein dynamischer Prozess. Die Eigenmittel sind einzuplanen, um eine Förderung beantragen zu können. Stichtag ist dafür der 30.11.2022.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *mehrheitlich* dem Stadtrat, der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes „Althaldensleben“ im Rahmen des Förderprogrammes „Lebendige Zentren“ zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Stimmenthaltungen

**zu TOP 9      Beschluss der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes "Altstadt" im Rahmen des Förderprogrammes „Lebendige Zentren“**  
**Vorlage: 314-(VII.)/2022**

Stadträtin Doris Trautvetter hätte es begrüßt, wenn es für die Spielwelt auch einen „Platzhalter“ gibt.

Bei der Spielwelt sei man derzeit in der Findungsphase. Es wurden verschiedene Standorte im Fachausschuss vorgestellt. Über diese Standorte muss die Diskussion in den Fraktionen geführt werden. Für 5 oder 6 Standorte Platzhalter vorzusehen, halte **Dezernent Oliver Karte** wenig für Ziel führend.

Für die Spielwelt gilt es jetzt vordergründig, erst einmal ein Standort zu finden und vom Stadtrat beschließen zu lassen, ergänzt **Bürgermeister Bernhard Hieber**.

Auf die geäußerte Kritik zum fehlenden Grün im Stadtgebiet, möchte **Stadtrat Rüdiger Ostheer** richtigstellen, dass bei jeder Straßenbaumaßnahme eine Begrünung erfolgt (siehe Kolonie – dort standen vorher keine Bäume).

Zu der Maßnahme Sicherungsmaßnahme Lange Straße 62 – privater Eigentümer - hätte der **stellv. Ausschussvorsitzende** gern eine Erklärung.

**Amtsleiterin Elke Engel** gibt zur Antwort, dass sie davon ausgehe, dass Städtebaufördermittel eingesetzt werden, um Missstände in der Stadt zu beseitigen. Bei der Langen Straße 62 wird eine Kostenschätzung vorliegen, wieviel die Maßnahme kosten würde und aus diesem Grund wurde die Maßnahme mit aufgenommen. Der Stadtrat entscheidet letztendlich, welche Summe der Eigentümer dann bekommt.

Bezüglich der energetischen Sanierung der Kita „St. Marien“, in der Maschenpromenade sollte nach Auffassung von **Stadträtin Anja Reinke** auch die Frage gestellt werden, ob ein Ersatzneubau nicht auch wirtschaftlicher wäre, als dieses alte marode Gebäude zu sanieren.

Auf die Begrünungsmaßnahmen in der Stadt zurückkommend sei sie der Meinung, dass diese bei weitem nicht ausreichen, um künftig das Leben in der Stadt erträglich zu machen. In diese Maßnahmen müsse investiert werden anstatt einen privaten Eigentümer finanziell zu unterstützen.

Für die energetische Sanierung Kita „St. Marien“ werden Fördermittel beantragt. Ob es ein Ersatzneubau wird, prüft der Träger in eigener Verantwortung, ergänzt **Dezernent Oliver Karte**.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *mehrheitlich* dem Stadtrat der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes „Altstadt“ im Rahmen des Förderprogrammes „Lebendige Zentren“ zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Stimmenthaltungen

**zu TOP 10      Beschluss der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes "Süplinger Berg" im Rahmen des Förderprogrammes „Sozialer Zusammenhalt“**  
**Vorlage: 315-(VII.)/2022**

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *mehrheitlich* dem Stadtrat der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes „Süplinger Berg“ im Rahmen des Förderprogrammes „Sozialer Zusammenhalt“ zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Stimmenthaltungen

**zu TOP 11      **Beschluss der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes „Rolandgebiet“ im Rahmen des Förderprogrammes „Sozialer Zusammenhalt“  
Vorlage: 316-(VII.)/2022****

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *mehrheitlich* dem Stadtrat der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht des Fördergebietes „Rolandgebiet“ im Rahmen des Förderprogrammes „Sozialer Zusammenhalt“ zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Stimmenthaltungen

**zu TOP 12      **Jahresabschluss 2018 der Stadt Haldensleben  
Vorlage: 317-(VII.)/2022****

Kämmerer Michael Schneidewind gibt Erläuterungen um Jahresabschluss 2018. Er hat die wesentlichen Eckdaten zusammengestellt und trägt diese in einer Präsentation vor. Er dankt allen Mitarbeitern, die an der Erarbeitung beteiligt waren und Frau Engel, die als Rechnungsprüferin bestätigt hat, dass es keine Beanstandungen gab und somit dem Hauptverwaltungsbeamten für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt werden kann.

Frau Nicole Job hebt lobend hervor, dass die pro Kopf-Verschuldung in Haldensleben bei 178,00 € liegt. Im Landesdurchschnitt liege diese bei 1000,00 €.

Auch vom stellv. Ausschussvorsitzenden gibt es dankende Worte für die Mitarbeiter, die an der Erarbeitung des Jahresabschlusses 2018 aktiv mitgewirkt haben.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *einstimmig (5 Ja-Stimmen)* dem Stadtrat:

1. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 wird aufgrund des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Haldensleben zum Jahresabschluss 2018 gemäß § 120 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt bestätigt.
2. Dem Hauptverwaltungsbeamten wird gemäß § 120 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.

**zu TOP 13      **Mitteilungen****

Es liegen seitens der Verwaltung keine Mitteilungen vor.

**zu TOP 14      **Anfragen und Anregungen****

- 14.1. Stadträtin Anja Reinke möchte anregen, dass der Bürgermeister mit der Kita „St. Marien“ Kontakt aufnimmt und bespricht, inwieweit für diese Kita auch ein Ersatzneubau in Frage kommen könnte bzw. inwieweit die Stadt für den Neubau ein Grundstück zur Verfügung stellen kann.
- 14.2. Stadträtin Doris Trautvetter spricht die ausgereichten Fördermittel für den Kunstrasen im Waldstadion an. Wurde der Eigenanteil im Haushalt für 2022 geplant?  
  
Dies bejaht Amtsleiterin Elke Engel. Ohne Eigenanteil kann kein Förderantrag gestellt werden.
- 14.3. Überlegenswert wäre, so Stadträtin Doris Trautvetter, im Stadtgebiet Trinkwasserstellen vorzusehen, damit sich die Bevölkerung an heißen Tagen aus diesen Stellen kostenlos Trinkwasser in Flaschen abfüllen kann. Sie könnte die App nachliefern, die dafür eingerichtet wurde.
- 14.4. Eine weitere Anregung von Stadträtin Doris Trautvetter betreffe die Web-Seite der Stadt, die aktualisiert werden müsste. Die Seite enthalte zum Teil Anzeigen, die veraltet sind. Im Stadtplan sind die Fitness-Plätze im Stadtgebiet nicht ausgewiesen und ein Hinweis auf den städtischen Friedhof fehlt .

Die Überarbeitung stehe auf der Agenda, so Bürgermeister Bernhard Hieber. Auch in den Ortsteilen wurde kritisiert, dass die Beiträge eine Modernisierung erfahren müssten. Wenn es Beiträge bzw. Vorschläge aus den Ortschaften gibt, könnten diese sehr gern in der Presseabteilung eingereicht werden.

- 14.5. Weiterhin spricht Stadträtin Doris Trautvetter die Seite „Sag`s uns einfach“ an. Z. B. wurde gemeldet, dass die Straßenlampen in einzelnen Straßen am Tag leuchten, aber es erfolgte trotz Meldung über Wochen keine Reaktion, worüber die Bürger verärgert waren.

Auf solche Meldungen muss unverzüglich reagiert werden und wenn keine Reaktion erfolgt, müsse der kurze Dienstweg gewählt werden, merkt Bürgermeister Bernhard Hieber an.

gez. Burkhard Braune  
stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Ruth Felske  
Protokollantin